

Konstellationen und Optionen für die Zeit nach der Raqqa-Operation

Seit dem Kampf um Kobanê, sprich seit Dezember 2014 verliert der IS (Islamischer Staat) bei allen militärischen Operationen in der Vorreiterrolle der KurdInnen an Boden und Stärke. Der IS erbeutete zuvor schwere Waffen aus den Reihen des irakischen als auch syrischen Regimes und führte somit seit September 2014 einen asymmetrischen Krieg. Gegen Mitte Dezember desselben Jahres nahm der IS die Mehrheit der Stadt Kobanê ein. Trotz dessen begann mit der Gegenoffensive der YPG/YPJ (Volksverteidigungseinheiten bzw. Frauenverteidigungseinheiten Rojawas) der IS an Blut zu verlieren. Dieser Blutverlust hält bis heute kontinuierlich an.

Die anfänglichen militärischen Operationen wurden unter der YPG geführt, später mit den SDF (Demokratische Kräfte Syriens) ausgeweitet, welche allesamt bis dato erfolgreich abgeschlossen wurden. Anders ausgedrückt bis jetzt gab es keine militärischen Operationen der KurdInnen unter der YPG und SDF, die weder schief gelaufen sind oder nicht vollendet werden konnten. Deswegen erscheint die baldige Befreiung der Stadt Raqqa, welche sich momentan komplett in der Zange befindet, als sehr wahrscheinlich.

Kurz gesagt, die tonangebenden Kräfte im Kampf gegen den IS erhoffen sich mit der Einnahme von Raqqa, jener Terrororganisation einen kräftigen Schlag zu verpassen. Alle Akteure sind sich bewusst, dass mit der Befreiung der Stadt eine große Etappe im Kampf gegen den IS genommen werden kann. Zeitgleich mit dem Voranschreiten der Operation sind auch die Diskussionen bzgl. „der Zeit nach dem IS“ erneut ins Rollen gekommen. Für die bestimmenden Akteure bei der Befreiung von Raqqa wird es deshalb darum gehen, diesen möglicherweise bevorstehenden Etappensieg in die Bahnen von politischen und gesellschaftlichen Errungenschaften zu lenken.

In einer solchen Situation, in welcher die von der IS ausgehende Gefahr – wenn auch nicht gänzlich beseitigt – zumindest deutlich minimiert wird, wird unweigerlich der Nährboden für

Auseinandersetzungen zwischen den Akteuren, die konkurrierende langfristige Strategien für die Region haben, geschaffen. Denn viele dieser globalen und regionalen Player tragen ihre latenten Konflikte nicht offen aus, um dem gemeinsamen Kampf gegen den IS keinen Schaden zuzufügen. In einer Zeit nach dem IS würde das bedeuten, dass neue Allianzen, Zusammenarbeiten und Verfeindungen entstehen werden. Der bisherige Stellvertreterkrieg könnte sich zu einem Krieg der Staaten entwickeln. Vor allem der sunnitisch-schiitische Konflikt birgt das Risiko in sich, die ganze Region in einen Krieg zu involvieren.

Für die aktuelle verzwickte politische Situation lassen sich so einige Beispiele aufzählen. Hierfür stellvertretend einige Schlagzeilen: Der Besuch von Trump in Saudi Arabien; der Durchstoß der irakisch-schiitischen Miliz Hashd al-Shaabi bis an die syrische Grenze; der erwartete syrisch/russische Vorstoß auf Idlib und deren Fortschritte in Richtung der irakischen Grenze im Osten; die bewaffneten Auseinandersetzungen an der Grenze von Jordanien zwischen den von den USA und Großbritannien unterstützten Gruppen, dem IS und der syrischen Armee; die steigende Bedrohung seitens des türkischen Staates an der Grenze zu Rojava und der damit verbundene Druck; die Isolation Katars seitens der arabischen Staaten; die Bemühungen der arabischen Staaten die pro-iranischen Länder zu isolieren und letztendlich die Befreiung von Mossul und Raqqa (ja vielleicht sogar eine bevorstehende Deir ez-Zor Operation).

Wie ich bereits zu Anfang schon versucht habe darzustellen, ist das wohl derzeit absehbarste Ereignis in dieser verworrenen Gesamtlage die Befreiung Raqqas von der IS. Mit dem Verlust der Stadt, welche zur Hauptstadt des Kalifats erkoren wurde, und der zeitgleichen Befreiung der Stadt Mossul dürfte der IS in Syrien als auch im Irak in die Position einer wirkungslosen Kraft versetzt werden.

Nach dieser Phase dürfte die Hauptaufgabe der KurdInnen und der verschiedenen Völker,

die sich unter einer gemeinsamen föderalistischen Verwaltung sehen, darin liegen, ihr neues Gesellschaftssystem weiter zu festigen und die dazugehörigen Probleme anzugehen. Eine demokratisch-politische Lösungsperspektive, welche die Möglichkeit einer Beziehung zum syrischen Regime offen hält, bringt auch die Wahrscheinlichkeit mit sich, dass wenn an der bisherigen chauvinistischen Baath-Politik festgehalten wird, es zu unvermeidlichen bewaffneten Auseinandersetzungen kommen kann. Deshalb könnten neben dem Problem der Etablierung des Systems, Vorbereitungen bzgl. einer militärischen Auseinandersetzung mit dem syrischen Regime getroffen werden.

In Anbetracht der anhaltenden Drohungen des türkischen Staates, könnte die südliche Front gegen die IS und die darin investierte Energie in den Norden verlagert werden. Gegen die vom Iran und zum Teil Irak eingesetzte schiitische Hashd al-Shaabi Miliz dürfte eine entschiedene Verteidigungsstrategie gefunden werden.

Kurzum, mit der Eroberung der Stadt Raqqa wird der Untergang der IS eingeleitet. Wenn dann diese befreiten Gebiete in Sicherheit gelangen und in die demokratisch-föderativen Systembemühungen aufgenommen werden, sowie jene föderative Verwaltung internationale Anerkennung genießt, dann kann sich dieses Modell in Syrien als Alternative zum derzeitigen Machtsystem etablieren. Des Öfteren wurde den RepräsentantInnen der Föderation die Teilnahme an den Syrien-Friedensgesprächen in Genf und Astana – die sich angeblich um eine politische Lösung bemühen – mit den verschiedensten Begründungen verwehrt. An dieser Ignoranz gegenüber den kurdischen Akteuren weiter festzuhalten, wird fortan noch schwieriger. Einen derartigen starken Akteur von den politischen Friedensgesprächen fernzuhalten, lässt den Begriff einer „Lösung“ in der Absichtserklärung der Akteure und deren Aufrichtigkeit in einem ganz schlechten Licht erscheinen.

(YÖP, 14.6., CA)

Meldungen:

Denkmal für Uğur Kaymaz zerstört

Das Denkmal für den 12-jährigen Uğur Kaymaz sowie die daneben angebrachte Tafel mit dem Text der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen in der Stadt Kızıltepe (Provinz Mardin) wurde am Sonntag auf Beschluss der Zwangsverwaltung zerstört. Uğur Kaymaz wurde am 12. November 2004 zusammen mit seinem Vater Ahmet Kaymaz vor seinem Haus in Kızıltepe von Soldaten der türkischen Armee erschossen. Bei der Obduktion wurden im Körper des 12-jährigen Jungen 13 Gewehrpatronen und in der Leiche des Vaters acht Kugeln gefunden.

Die Zerstörung des Denkmals erfolgte auf Anweisung des Zwangsverwalters, dem die türkische Regierung die Leitung über die Stadt Kızıltepe übertragen hatte, nachdem die beiden Bürgermeister der Stadt festgenommen wurden. Das am 4. August 2009 im Stadtzentrum aufgebaute Uğur-Kaymaz-Denkmal wurde zunächst von gepanzerten Fahrzeugen umstellt. Die örtliche Polizei verhinderte Foto- oder Videoaufnahmen der Zerstörung. Zuletzt verlor Makbule Kaymaz, die Mutter von Uğur Kaymaz, am letzten Jahrestag des Todes ihres Ehemanns und Sohnes, dem 21. November 2016, aufgrund eines Dekrets der türkischen Regierung ihre Arbeitsstelle. Die in der Kommune Kızıltepe als Putzfrau arbeitende und alleinerziehende Mutter von drei Kindern hat, nachdem sie zwölf Jahre vergeblich nach Gerechtigkeit beim türkischen Staat suchte, auch ihre Arbeit verloren.

(CA, 12.6., ISKU)

Türkei: Lizenz für AKW vergeben

Die EPDK (Enerji Piyasası Düzenleme Kurulu – Aufsichtsbehörde für den Energiemarkt) hat die Lizenz für das Atomkraftwerk Akkuyu an die Akkuyu Nükleer AŞ vergeben. Eine Vorlizenz wurde bereits am 25.06.2015 erteilt. Mit dem 15. Juli 2017 ist nun die Lizenz zum Betreiben des Atomkraftwerkes erteilt. Sie hat eine Laufzeit von 49 Jahren. Das Atomkraftwerk soll 8000 Stunden im Jahr kontinuierlich Strom liefern. Es hat eine Kapazität von 4800 Megawatt. Geplant ist, dass es bei Fertigstellung unter

Wird beim Referendum über Unabhängigkeit oder Macht abgestimmt werden?

Zu einem Zeitpunkt an dem in Südkurdistan fast niemand mehr daran geglaubt hat, dass es zu einer Volksabstimmung kommen wird, gab der KDP-Vorsitzende Mesut Barzani per Twitter bekannt, dass das Unabhängigkeitsreferendum im September stattfinden werde. Diese Bekanntgabe wurde nach der von Barzani zusammengerufenen Versammlung in Hewlêr gemacht. Barzani hält seit 2005 das Amt des Präsidenten der Region Kurdistan inne, obwohl seine Amtszeit vor 2 Jahren abgelaufen ist. Nach dieser Versammlung wurde auch bekanntgegeben, dass am 6. November Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattfinden werden. Das Ganze ist recht eigenartig. Die Entscheidung bezüglich der Volksabstimmung wurde von einer Versammlung, die sich aus Politbüromitgliedern verschiedener Parteien zusammensetzt, getroffen. Dabei haben die Goran-Bewegung, die 2013 ein Viertel der Stimmen erzielt hatte, und die Komala Islami nicht einmal an der Versammlung teilgenommen. Eigentlich müsste solch eine Entscheidung im Parlament getroffen werden. Unter normalen Umständen hätte es wenigstens so sein müssen. Jedoch wird das kurdische Regionalparlament seit zwei Jahren blockiert und tagt nicht. Aber wenn dem so ist und die Volksabstimmung jetzt endlich beschlossen worden ist, sollte dann nicht erst das Parlament und der Präsident gewählt und anschließend das Referendum abgehalten werden? Oder wäre es nicht besser die Wahlen und die Volksabstimmung zusammenzulegen? Während die

Gehälter der Beamten seit zwei Jahren nicht gezahlt werden, hat Barzani erklärt, man hätte kein Budget für das Referendum, aber er persönlich würde Sponsoren finden. Wie fühlen sich wohl diejenigen, die ihre Arbeitsplätze nicht verlassen, obwohl ihre Gehälter nicht gezahlt werden, bei diesen Worten von Barzani? Vor allem vor dem Ramadan-Fest. Wenn Geld für die Volksabstimmung aufgetrieben werden kann, warum können dann seit zwei Jahren die Gehälter der Beamten und Peschmergakämpfer nicht gezahlt werden? Was denkt wohl gerade die Familie von Hujam Surçi, Vater von elf Kindern, der vom IS enthaupet wurde und seinen Kindern vor dem Gang an die Front nicht einmal 1000 Dinaren geben konnte? Oder der Beamte aus Kifri, der letzten Monat nach einem Jahr in Untersuchungshaft vom Gericht wegen Diebstals von Milch und Windeln zu 11 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist? Als sein Normalgehalt, das bei 255 Dollar lag, aufgrund der finanziellen Krise auf 139 Dollar gekürzt worden ist, sah er keinen anderen Ausweg als zu stehlen. Andererseits wird jetzt schon gesagt, dass diese Volksabstimmung zu keinem konkreten politischen Ergebnis führen wird und der Hauptzweck darin liegt, bei den zukünftigen Verhandlungen zur Unabhängigkeit die Position der Kurden zu stärken. Wir wissen alle, dass die Kurden im Süden zu mindestens 95% für die Unabhängigkeit sind. Wenn dem so ist, über was wird hier dann abgestimmt? Warum soll noch vor den Parlaments-

und Präsidentschaftswahlen, auf Grundlage eines Beschlusses nicht gewählter Politiker, ohne vernünftige Vorbereitungen und einen Strategieplan ein Referendum abgehalten werden? Besonders während die Militäroperation in Mosul noch andauert. Dabei wird Mosul gar nicht erwähnt, während erklärt wird, dass das Referendum auch in den strittigen Gebieten Kirkuk, Maxmur, Xaneqin und Schengal, welche verwaltungstechnisch zwar an Bagdad gebunden sind, de facto jedoch von Kurden verwaltet werden, abgehalten werden wird. Natürlich ist in Südkurdistan Unabhängigkeit dringend nötig. Eine unabhängige Politik, unabhängige Ökonomie und unabhängige Selbstverteidigung sind notwendig. Denn keines davon besteht momentan. Aber darüberhinaus sind Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit notwendig. Ein demokratisches System ist erforderlich, in dem niemand aufgrund seines Geschlechts, Klasse, Glauben, Nationalität und politischer Identität unterdrückt wird, politische Ämter nicht für Korruption, sondern für den Dienst am Volk übernommen werden, das Parlament im Interesse des Volks ihre Gesetzgebung durchführt und die Justiz unabhängig ist. Fragen wir nun: Soll das bevorstehende Referendum der Demokratisierung dienen oder die bestehende politische Macht festigen? Meiner Meinung nach ist das die wesentlich Frage, die gestellt werden muss, um besser verstehen zu können, warum die Volksabstimmung vor den Parlamentswahlen abgehalten werden soll. (YÖP, 10.6., CA)

voller Leistung 6 bis 7 % des Bedarfs der Türkei an elektrischem Strom deckt. Im Vertrag ist die Fertigstellung des Atomkraftwerks Akkuyu für 2025 vorgesehen. Der Betreiber des Atommeilers, die Akkuyu NGS, möchte den Atommeiler jedoch schon zum 29. Oktober 2023, zum hundert jährigen bestehen der Republik Türkei, fertig stellen. Wo der Atommeiler verbleibt und ob und welche Vorkehrungen gegen zum Beispiel Erdbeben, von denen die Türkei immer wieder heimgesucht werden, ergriffen werden, ist bisher nichts bekannt. (CH, 15.6., ISKU)

Washington: Fahndung nach Erdogans Schlägern

Gegen insgesamt sechzehn Beteiligte an den Angriffen auf kurdische und armenische DemonstrantInnen im Mai diesen Jahres ist in den USA Haftbefehl erlassen worden. Zwei in den USA lebende Türken wurden bereits verhaftet, nach den weiteren namentlich bekannten Angreifern – in der Mehrzahl Leibwächter Erdogans und türkische Polizisten – wird derzeit gefahndet. Das gaben die Bürgermeisterin und der Polizeichef von Washington D.C., Muriel Bowser und Peter Newsom, am Donnerstag auf einer Pressekonferenz bekannt. Da sich die Beschuldigten inzwischen wieder in der Türkei aufhalten, soll sich das Amerikanische Außenministerium um eine Auslieferung bemühen. Die Bnun zur Fahndung ausgeschriebenen hatten, wie auf zahlreichen Videoaufnahmen dokumentiert ist, eine kleine Gruppe Menschen angegriffen, die in Washington anlässlich des Staatsbesuchs Erdogans friedlich vor der Residenz des türkischen Botschafter demonstriert hatten, dabei noch auf am Boden liegende eingeschlagen und -getreten und diese z.T. schwer verletzt. (ISKU, 16.6.)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
CA	Civaka Azad
CH	Cumhuriyet

Nuriye Gülmen und Semih Özakça seit 100 Tagen im Hungerstreik

Nuriye Gülmen und Semih Özakça sind in Lebensgefahr. Beide wurden durch ihren Protest in der Yüksel-Straße in Ankara bekannt, wo sie vor Monaten ihren Kampf um die Rückgabe von Lohn und Arbeit begonnen hatten. Dann wandelten sie ihren Widerstand in einen Hungerstreik um. Am 76. Tag des Hungerstreiks wurden beide verhaftet und befinden sich seitdem in Haft. Er war als Grundschullehrer, sie als Dozentin für Literatur tätig. Beide wurden wie zehntausende andere per Dekret fristlos aus dem Dienst entlassen. Möglich ist das durch den in der Türkei verhängten Notstand. Damit

verbunden sind viele Grundrechte ausgehebelt. Am Freitag erreichen sie nun den 100. Tag ihres Hungerstreiks. Der Zustand beider verschlechtert sich zusehends, im Besonderen von Nuriye Gülmen. Sie kann sich nicht mehr auf den Füßen halten, nicht einmal einen Stift kann sie noch führen. Außerdem sind ihre Augen extrem empfindlich gegenüber Licht. Bei Semih Özakça soll es Anzeichen dafür geben, dass seine Gedächtnisleistung abnimmt. Auch kann er nicht mehr die alltäglich anfallenden Verrichtungen selbstständig durchführen. Seine Mithäftlinge übernehmen vieles und helfen.

Nach ihrer Inhaftierung wurde beiden lange Zeit das wichtige Vitamin B 1 vorenthalten. Nimmt ein Mensch nicht regelmäßig Vitamin B 1 ein, entwickelt sich schnell ein Korsakow-Syndrom, eine Erkrankung, bei der die Gedächtnisleistung bleibend vermindert wird, weshalb bei Betroffenen allgemein örtliche und zeitliche Desorientiertheit auftritt und damit verbunden auch die Lernfähigkeit neuer Dinge stark reduziert ist. Das ist auch in der Türkei bekannt. Erst seit kurzem hat man den beiden den Zugang zu diesem wichtigen Vitamin wieder ermöglicht. (ANF, 15.6.2017, ISKU)

N ü ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
IBAN: DE42370100500003968506
BIC: PBNKDEFF (Postbank Köln)
Weitere Informationen findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org